

at

LAB
38



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderäte DI Martin Margulies und David Ellensohn (GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.10.2021
zur Debatte der Dringlichen Anfrage betreffend „Inseratenkorruption und frisierte
Umfragen stoppen – Keine Inserate für Medien, die – bei aller Unschuldsvermutung
– unter dem dringenden Tatverdacht von Korruption und Bestechung stehen.“

betreffend **Meldepflicht für Inserate von politischen Parteien**

B E G R Ü N D U N G

Geht es um Inserate und Medienkooperationen haben Bund, Länder und Gemeinden
sowie alle sonstigen vom Medientransparenzgesetz umfassten Körperschaften die
selben Ansprechpartner*innen wie politische Parteien.

Und so wie bei Bund, Ländern und Gemeinden handelt es sich bei politischen
Parteien - ob einer umfassenden Förderung für Parteien und politische Klubs auf
vielen Ebenen - auch größtenteils um Steuermittel, die zur Bezahlung von Werbung
und Medienkooperationen eingesetzt werden.

Eine Gleichstellung von öffentlicher Hand und politischen Parteien (ihrer jeweiligen
Klubs sowie Teil- und Vorfeldorganisationen) betreffend Meldungen nach dem
Medientransparenzgesetz erscheint daher aus zwei Gründen geboten:

1. Es handelt sich um Steuermittel und es steht der Bevölkerung zu, einfach
nachvollziehen zu können, wie viel Geld seitens politischer Parteien in politische
Werbung fließt.
2. Mit einer Veröffentlichung der Werbeausgaben von politischen Parteien je Medium
wird eine mögliche Korruptionslücke, die durch Absprache von jeweils Regierenden
mit Medieninhaber*innen entstehen könnte, zumindest erschwert. Vor allem werden
jedoch die Preise, welche die öffentliche Hand für Inserate zahlt, mit jenen
vergleichbar, welche Parteien bezahlen.

Die unterzeichnenden Gemeinderäte stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der
Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat ersucht Bürgermeister Dr. Michael Ludwig sowie den für die MA53 zuständigen amtsführenden Stadtrat KR Peter Hanke, sicherzustellen, dass zeitnah mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung Gespräche aufgenommen werden, mit dem Ziel eine Regierungsvorlage vorzulegen, in welcher das Medientransparenzgesetz dahingehend abgeändert wird, dass auch Parteien (inkl. ihrer jeweiligen Klubs sowie Teil- und Vorfeldorganisationen) der Bekanntgabepflicht gemäß Medientransparenzgesetz unterliegen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28.10.2021

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Michael Ludwig', written in a cursive style.